

## **P r o t o k o l l**

### **der 13. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Universität und Kultur am 09. März 2011 im Veranstaltungsraum „Wolfgang-Koeppen-Haus“**

#### **Öffentlicher Teil**

**Beginn: 18:06 Uhr**

**Ende: 22.31 Uhr**

#### **Anwesenheit**

Frau Berger  
Herr Burmeister  
Frau Dr. Fassbinder  
Frau Heinrich  
Herr Jesse  
Frau Kropidowski  
Frau Leddin  
Herr Multhauf  
Herr Pegel  
Herr Thews  
Frau Thonack  
Frau Witt

#### **Verwaltung**

Herr Schult  
Herr Petschaelis  
Frau Felkl  
Frau Hauswald  
Herr Dembski  
Frau Boback-Askri  
Frau Spiecker  
Herr Kiel

#### **Gäste**

Herr Dr. Flieger  
Frau Kati Mattutat  
Frau Gertrud Fahr  
Frau Uta Metzner  
Frau Uta Gliem

Frau Jana Wilczek

**Tagesordnung:**

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen des Stadtelternrates
5. Information zur Mittelkürzung durch das Kultusministerium für die Betreuung des Koeppenhauses
6. Beschlusskontrolle
- 6.1. Bestätigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der Theater Vorpommern GmbH  
*Dez. III* 05/457  
**B265-14/11**
- 6.2. Betreuung Caspar-David-Friedrich-Haus  
*Oberbürgermeister* 05/325  
**B198-10/10**
7. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 7.1. Gesamtkonzept für die Wallanlagen Abschnitt Mühlenort bis Pulverturm  
*Bündnis 90 / Die Grünen* 05/463
- 7.2. Beauftragung des Oberbürgermeisters zur Positionierung bezüglich der geplanten Kürzungen der Projektförderung Literaturzentrum Vorpommern im Koeppenhaus  
*Bündnis 90 / Die Grünen* 05/477
- 7.3. Subventionsbericht  
*SPD-Fraktion* 05/464
- 7.4. Schulträgerschaft  
*SPD-Fraktion* 05/478
- 7.5. Unterbringung der Jugendkunstschule in der Anklamer Straße 15/16 und Abschluss einer Vereinbarung über einen Miet- und Betriebskostenzuschuss  
*Dez. III, Amt 41* 05/469
- 7.6. Ergebnisse des Prüfauftrages zur Lage und den Perspektiven der Theater Vorpommern GmbH  
*Dez. III* 05/476
8. Information der Verwaltung

9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden
11. Bestätigung des Protokolls vom 19.01.2011
12. Schluss der Sitzung

*Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung*

Herr Pegel eröffnet die Sitzung. Er begrüßt die Anwesenden und gibt Frau Mattutat, der Leiterin des Koeppenhauses, die Gelegenheit, sich und die Arbeit des Koeppenhauses vorzustellen. Das Haus wird durch einen gemeinnützigen Verein betrieben, welcher derzeit eine Projektkoordinatorin (Frau Mattutat) und eine Bürokräft, die über die Mittel des kommunalen Kombilohns finanziert wird, beschäftigt. Das Literaturzentrum bietet seit seiner Eröffnung 2002 wöchentlich mindestens eine Veranstaltung (Lesung, Konzert, Filmabend, Vortrag, Podiumsgespräch, Ausstellungseröffnung etc.) für ein generationenübergreifendes Publikum an. Die jährliche Landesförderung seitens des Kultusministeriums lag bislang bei 25.000 €. In diesem Jahr wurde der Förderbetrag ohne eine weitere Begründung um 4.000 € reduziert. Die eingekürzten Mittel hätten zur Folge, dass das Haus nicht wie bislang ein hochkarätiges Veranstaltungsprogramm würde anbieten können, und dass im schlimmsten Falle am Ende des Jahres das Haus für einen bis zwei Monate geschlossen werden muss. Des weiteren nutzt Frau Mattutat die Gelegenheit, auf Bitten Herrn Multhaus, sich und ihren bisherigen Werdegang etwas ausführlicher vorzustellen.

---

*Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung*

Herr Pegel stellt die Tagesordnung vor und bittet um Verständnis, dass nicht - wie bislang gewohnt - die Informationen der Verwaltung vorab detailliert in der Tagesordnung angegeben werden können. Der 1. Beigeordnete bat darum, dass dies vorab nicht mehr bekannt gegeben wird.

Die Tagesordnung wird modifiziert und ergänzt um folgende Aspekte:

- Informationen der Verwaltung zur Auswirkung der Kreisgebietsreform unter TOP 6.b
- Präsentation der Tischvorlage zum Stadtarchiv unter TOP 7.7.
- Die Bestätigung des Protokolls wird als TOP 2.b vorgezogen

(Abstimmungsergebnis dafür 7/0/5)

Abstimmungsergebnis 12/0/0

---

Zu TOP 2 b *Bestätigung des Protokolls vom 19.01.2011*

Herr Multhauf bittet darum, auf Seite 7 des Protokolls seine Äußerung wie folgt zu korrigieren: „ ... **B**etriebung des **G**roßen Saales“.

Frau Heinrich bittet in Bezug auf das Protokoll, mehr Informationen zur **B**etriebung des Theatercafés zu erhalten und fragt, warum bislang noch keine schriftlichen Informationen diesbezüglich vorliegen.

Frau Leddin äußert, dass im Protokoll falsch konstatiert wurde, dass kein Interesse an einer Reise nach Stettin bestünde. Es gab einige Interessenten, wenngleich diese nicht eine Mehrheit darstellen.

Herr Pegel erklärt, warum dies im Protokoll so formuliert wurde. Er betonte darüber hinaus, dass es ihm wichtig sei, dass, wenn man den Kulturausschuß in Stettin besucht, es schon eine größere Gruppe und nicht nur 3 Ausschußmitglieder sein sollten, da alles andere keinen guten Eindruck machen würde.

Abstimmungsergebnis 9/0/3

---

Zu TOP: 3. *Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner*

Herr Pegel gibt dem Kanzler der Universität die Gelegenheit, sich zu diesem Tagungsordnungspunkt zu äußern.

Herr Dr. Flieger hat nichts Aktuelles zu berichten, woraufhin Herr Multhauf die Gelegenheit nutzt, eine Äußerung des Kanzlers auf dem letzten Ausschuß anzusprechen. Seines Ermessens ist die Miet- und Wohnungssituation für die Studenten weitaus schwieriger als laut Protokoll durch Herrn Dr. Flieger eingeschätzt, denn es gebe auch in HGW eine Reihe von sozial schwachen Studenten. Herr Dr. Flieger antwortet daraufhin, dass gravierende Probleme so noch nicht aufgetreten sind und die Frage nach diesen deshalb auch nicht beantwortet werden können. Des weiteren ist die Wohnlage bislang noch nicht so extrem, dass bspw. Studenten in Turnhallen untergebracht werden mussten. In der Bachstraße 27, einem alten Uni-Institut, wird durch das Studentenwerk bald ein neues Wohnheim eröffnet werden können. Auch auf dem Gelände der neuen Chemie wird neuer Wohnraum für Studenten durch einen privaten Anbieter geschaffen.

Herr Jesse fragt nach der Situation des Studententheaters und deren Verbleib in der Falladastraße. Herr Dr. Flieger gibt dazu wie folgt Auskunft: Die Universität ist weiterhin im Gespräch mit dem Ministerium für Bau und Verkehr. Es finden nach wie vor Gespräche statt und in Absprache mit den anderen Ministerien werden der Verbleib an dem Standort sowie die Möglichkeiten einer baulichen Instandsetzung geprüft. Das Bildungsministerium hat beim Betrieb für Bau und

Liegenschaften angeregt, dass es eine richtige Entscheidung wäre, das StuThe in der Falladastraße 2 unterzubringen. Herr Dr. Flieger äußert, dass er sich nach wie vor der Sache annimmt und mit den entsprechenden Instanzen Gespräche führt.

18.28 Uhr

Frau Boback-Askri kommt

---

*Zu TOP: 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen des Stadtelterrates*

Frau Metzner berichtet, dass es zu dem gekippten Gesetz bzgl. der Aufnahme von Förderschülern in Grundschulklassen ein Treffen zwischen dem Stadtelterrat und Herrn Selling gegeben hat. Man ist einhellig der Meinung, dass die integrative Beschulung in den Grundschulen nicht vor dem Schuljahr 2011/12 eingeführt werden sollte. Grundsätzlich ist der Elternrat nicht dagegen, es geht ihm lediglich um das Wie. Stichtag ist nun der 1. April. Dann soll geklärt werden, welche Lehrer z. B. welche Klassen übernehmen. Da in diesem Jahr die integrative Schule beginnen sollte, herrscht nun große Ratlosigkeit, denn keiner weiß, was jetzt eigentlich passiert. Auch das Bildungsministerium scheint sich auf diese neue Situation erst einstellen zu müssen.

Herr Pegel berichtet von seinem Gespräch mit Herrn Baumann. Es stellt sich die Frage, inwieweit kurzfristig Räume für HGW geschaffen werden müssen. Das wäre wichtig zu klären. Herr Burmeister äußert sich dazu wie folgt: Das Problem ist nicht aus der Welt, denn irgendwann wird es auch für HGW relevant. Momentan wird das Problem nur verschoben. Das betont auch Herr Multhaus, der äußert, dass momentan nichts klar sei und die Politik an diesem Thema dranbleiben muss. Er dankt den Damen des Stadtelterrates für ihren Bericht und ihren Einsatz. Wenn es eine genaue Regelung gäbe, dann könne man auch etwas tun, aber momentan sei dies alles viel zu vage. Hat sich das Problem des Lernmaterials schon geklärt? Und schließlich und endlich müsste man sich gleichermaßen fragen, ob man für oder gegen Integration sei. Frau Gliem meint diesbezüglich, dass sie Herrn Pegel einen Fragenkatalog, den Prof. Dr. Hartke von der Uni Rostock wissenschaftlich begleitet hat, zugesandt hätte. Seinerzeit hatte Ministerpräsident Selling bekundet, dass die Eltern bei der Erarbeitung des Konzeptes mit einbezogen werden sollten. Hierauf wurde bisher noch nicht zurückgekommen.

Herr Petschaelis berichtet diesbezüglich, dass es einen Förderausschuß gab, der sofort mit der Arbeit beginnen könnte. Herr Burmeister verweist auf dessen Abschaffung, woraufhin Herr Petschaelis äußert, dass dieser natürlich reaktiviert werden müsse.

---

*Zu TOP: 5. Information zur Mittelkürzung durch das Kultusministerium für die*

### *Betreibung des Koeppenhauses*

Bereits in der Vorstellung des Koeppenhauses und seiner Arbeit zum Teil geschehen, des weiteren wird darauf noch einmal in der Vorstellung der Beschlußvorlage unter TOP 7.2. Bezug genommen.

---

#### *Zu TOP: 6.    Beschlusskontrolle*

Die Beschlußkontrolle wird zunächst vertagt bis Herr Dembski, der noch an der parallelen Sitzung des Sozialausschusses teilnimmt, anwesend ist, um dazu Stellung zu nehmen.

---

*Zu TOP 6 b* Informationen der Verwaltung zur Auswirkung der Kreisgebietsreform  
Zunächst erteilt Herr Petschaelis Auskunft über die Auswirkungen der Kreisgebietsreform. Die Berufliche Schule, die Gymnasien, die Allgemeine Förderschule sowie das Abendgymnasium werden in die Verantwortung des Kreises übergehen. Mit den Schulen werden gleichermaßen die technischen Kräfte, drei Sporthallen sowie die kleine Sporthalle des Jahngymnasiums an den Kreis übergehen. Mit dem Übergang müssen indes schulorganisatorische Fragen geklärt und ausgetauscht werden. Alle sechs Wochen findet ein Treffen zwischen den verschiedenen Verwaltungen statt. Hinsichtlich des „Übergangs“ der beiden Gymnasien und der IGS „Erwin Fischer“ gibt es bislang noch keine neuen Erkenntnisse. Ferner muß geklärt werden, ob die Kosten bei Behalt der Schulstandorte für HGW noch realistisch sind. Diesbezüglich bedarf es fernerhin einer Genehmigung durch das Bildungsministerium. Je schneller eine Entscheidung vorliegt, desto besser wäre es, da dann die Schulen wissen, in welcher Situation sie sich ab dem Schuljahr 2010/11 befinden.  
Herr Burmeister äußert, dass der Antragstermin beim Bundesministerium der 31. März ist. Dieser Termin sei nach wie vor aktuell.  
Frau Felkl äußert sich auch zu diesem Thema und teilt mit, dass von Seiten des Dezernates eine Beschlussvorlage vorbereitet werde, die dafür plädiert, dass Greifswald die Schulträgerschaft behält.

Im Bereich Kultur äußert sich Frau Boback-Askri zum Übergang der VHS an den neuen Kreis. Da die VHS dem Weiterbildungsgesetz unterliegt und eine Einrichtung der Erwachsenenbildung ist, geht diese automatisch an den neuen Kreis über. Zunächst hat sie mit ihren Mitarbeitern geklärt, wie diese zu der Übernahme in die Verantwortung der neuen Gebietskörperschaft stehen. Alle standen diesem positiv gegenüber und meinten es sei besser jetzt überzugehen, wo die Finanzierung der Einrichtung als Pflichtaufgabe der Gebietskörperschaft geklärt sei, als später, wenn es möglicherweise darauf hinausläuft, dass HGW sowohl die Einrichtung – als freiwillige Leistung – bezahlt als auch eine Kreisumlage an die Kreis-VHS zu zahlen hat. Derzeit wird ein Konstrukt einer gemeinsamen VHS

diskutiert. Im neuen Landkreis wäre die VHS dann dem neuen Amt für Kultur & Bildung unterstellt, welches dann für alle drei VHS zuständig wäre. Neu wäre indes, dass die drei VHS dann auch den zum neuen Landkreis kommenden Teil des Landkreises Demmin mitzuversorgen hätten. Das derzeitige Modell wird derzeit auf Dezernentenebene diskutiert.

Frau Dr. Fassbinder fragt, ob dann nur noch eine VHS existieren und gefördert werden wird. Frau Boback-Askri äußert, dass das Weiterbildungsgesetz die Förderung vorschreibt, und dass man sich beim Land im Idealfall einen Ansprechpartner wünscht.

Herr Pegel fragt nach, inwiefern konkret die Mitarbeiter und Gebäude hier vor Ort betroffen sind, woraufhin Frau Boback-Askri antwortet, dass es drei Mitarbeiterinnen sind, die an den Landkreis übergehen werden. Nicht geklärt ist, ob der Hausmeister und die Reinigungskräfte an den LK übergehen werden. Wichtig ist Frau Boback-Askri indes, das Angebot der VHS für Greifswald weiterhin zu erhalten, wenngleich noch nicht klar ist, inwieweit sie mit ihren Kollegen das Angebot für Demmin mit wird abdecken können. In jedem Fall beteiligt sie sich offensiv an den Gesprächen und macht mit, da man sonst keineswegs weiß, was für HGW „übrig bleibt“.

Frau Kropidowski fragt nach, wie genau das mit dem LK Demmin zusammenhängt. Frau Boback-Askri erklärt, dass ein Teil des Landkreises an den neuen LK Südvorpommern übergehen wird. Dessen Anwohner müssen künftig mitversorgt werden. Allerdings sei noch nicht klar, wer dann die hinzukommenden Ämter des Landkreises Demmin „mitbetreuen“ wird.

Da Frau Spiecker von der Stadtbibliothek noch nicht da ist, erklärt Frau Hauswald inwieweit die Stadtbibliothek künftig von der Umstrukturierung betroffen wäre. Hier handelt es sich um die Medienstelle mit Lehrmaterial für Lehrer, die sich früher bei der Schulverwaltung des Kreises befunden hat. Genutzt wird diese sowohl von Greifswalder Lehrern als auch von Lehrern aus dem Landkreis OVP. Fernerhin gibt es noch Medienstellen in Anklam und Pasewalk. Wolgast hatte früher auch eine Medienstelle, die allerdings aufgegeben wurde. Es war das Interesse, dass Greifswald das mitversorgt, was bislang in Wolgast war. Frau Felkl äußert diesbezüglich, dass es das Interesse der Bibliothek sei, das Angebot der Medienstelle zu digitalisieren, um die Zugriffe sowie das Interesse seitens der Pädagogen besser zu bedienen, und so die Medien besser in die Fläche zu bringen. Derzeit wird die Medienstelle durch eine halbe Stelle gewährleistet, zur anderen Hälfte ist diese in den laufenden Bibliotheksbetrieb integriert. Zur Übernahme bzw. Rückführung der Stelle gibt es bislang allerdings noch keine konkreten Verhandlungen. Frau Leddin äußert, dass die in der Medienstelle befindlichen Medien z. T. „alte Hüte“ seien. Diese müssten aktualisiert werden. Die Systeme seien z. T. nicht kompatibel. Für die Aktualisierung dieser müsste Geld in den Haushalt gestellt werden.

Herr Pegel äußert diesbezüglich, dass künftig der Kreis die

Finanzverantwortung tragen werde und sich Gedanken machen müsse, wie man mit der Aktualität der Medien umgehe.

Frau Kropidlowski fragt, inwieweit die Musikschule in die Verantwortung des Kreises übergehen wird. Frau Hauswald antwortet, dass die Einrichtung weiterhin in der Verantwortung der Stadt bleibt.

Frau Dr. Fassbinder fragt an, wie es um das Schulverwaltungsamt steht. Wird dieses in die Verantwortung des Kreises übergehen? Wie steht es dann um die Situation der Grundschulen? Herr Petschaelis antwortet, dass ein Mitarbeiter an den Kreis übergehen wird. Die restlichen 5 Mitarbeiter werden bei der Stadt bleiben.

*Zu TOP: 7. Diskussion von Beschlussvorlagen*

---

*Zu TOP: 7.1. Gesamtkonzept für die Wallanlagen Abschnitt Mühlentor bis Pulverturm*

Frau Dr. Fassbinder stellt den Sachverhalt der Beschlußvorlage vor.

19.05 Uhr

Frau Boback-Askri verlässt entschuldigt die Sitzung

Frau Leddin fragt, was an diesem Anliegen neu sei, da es bereits ein Konzept gäbe. Sie schlägt vor, dass die Vorlage konkreter formuliert und deutlich gemacht werden sollte, dass eine Gesamtplanung der Wallanlagen angeregt werden sollte.

Frau Dr. Fassbinder bejaht, dass es um ein Gesamtkonzept zur Gestaltung und „Schließung“ der Wallanlagen ginge. Gleichzeitig fragt sie an, inwieweit die Baubecom mit Treuhandvermögen für die Planung zur Verfügung stehen würde.

Herr Petschaelis unterstreicht, was Frau Leddin vorgeschlagen hat. Die Sportanlage in der Kollwitzschule befindet sich in keinem guten Zustand, weshalb eine Kleinsportanlage für den Bereich dringend vonnöten wäre.

Frau Leddin äußert, dass bereits 2002, als man Grund- und weiterführende Schulen trennte, das Problem der Sportflächen erwähnt wurde.

Frau Fassbinder bittet darum, dass die Verwaltung bis Herbst Planungen vorlegen möge, woraufhin Herr Schult einwirft und fragt, wer das machen soll. Die Verwaltung stellt sich derzeit auf die Doppik sowie andere neue Themen ein.

Herr Multhauf äußert, dass man sich diesem Thema stellen und bis zum 12. Oktober etwas vorliegen sollte.

Auch Frau Heinrich meint, dass dies ein richtiger Ansatz sei und es wichtig sei, dies zu thematisieren. In Bezug auf die haushaltsrechtlichen

Auswirkungen gibt sie zu bedenken, dass in der Beschlußvorlage „Ja“ stehen müsse. Ihr sei es wichtig, dass die Stadtverwaltung sich positioniere und etwas angeschoben werde.

Vor diesem Hintergrund erwähnt Herr Pegel, dass Herr Kiel, der Leiter des Stadtarchivs, eine Publikation zum Wall und zum historischen Wert der Anlage vorgelegt habe. Deshalb wäre es durchaus angemessen, die Wallanlage wieder in ihrer Gänze herzustellen.

Abstimmungsergebnis: 12/0/0

---

*Zu TOP:  
7.2. Beauftragung des Oberbürgermeisters zur Positionierung bezüglich der geplanten Kürzungen der Projektförderung Literaturzentrum Vorpommern im Koeppenhaus*

Frau Mattuat erklärt noch einmal die derzeitige Situation. Der Trägerverein verfügt kaum über Rücklagen, um das Defizit von 4.000 € selbst stemmen zu können. Im letzten Jahr fanden 104 Veranstaltungen statt, zu der 9.000 Besucher kamen. Es geht um Daseinsvorsorge und um ein Programm für die Bürger vor Ort. Das Anliegen des Koeppenhauses sowie weiterer von den Kürzungen betroffener Einrichtungen im Land sollte unlängst auf dem Bildungsausschuß des Landes, der kürzlich in Schwerin stattgefunden hat, vorgetragen werden. Allerdings wurde der Antrag vertagt. Der Abteilungsleiter des Bildungsministerium Herr Dr. Lemcke hat ausschließlich Projekte erwähnt, bei welchen zukünftig Geld neu hinzukommt. Am 31. März findet der nächste Bildungsausschuß des Landes statt. Es wird befürchtet, dass mit den Einsparungen die Zukunftsfähigkeit der Literaturhäuser in Frage steht. HGW muss sich also positionieren.

19.20 Uhr

Frau Spiecker kommt

Frau Dr. Fassbinder trägt den Sachverhalt der Beschlußvorlage vor. Sie bietet den anderen Fraktionen eine Mit Antragstellerrolle an. Frau Heinrich meint, dass dies unbedingt interfraktionell geklärt werden müsse. Deshalb würde der Ausschuß ja auch im Koeppenhaus stattfinden.

Herr Multhauf äußert, dass er auch noch einmal mit seinen Leuten in Schwerin reden werde, um auf dieses Problem aufmerksam zu machen. Wenn es stimmt, dass die Literaturhäuser tot gespart werden sollen, damit es Peenemünde gibt, um dort „eine Rakete zu starten“, dann kann er dem nicht zustimmen.

Frau Leddin gibt zu bedenken, dass die Einsparungen vorgenommen wurden, damit es auch anderen kulturellen Institutionen im Landkreis gut ginge. Vor diesem Hintergrund finde sie es wichtig, kein Konkurrenzdenken zu beginnen, sondern stattdessen im Großen zu denken. Das würde allen Kulturinstitutionen im LK zu Gute kommen. Sie fragt statt dessen, was der Verein noch unternehmen könne, um diese

fehlenden Mittel selbst erwirtschaften bzw. aufbringen zu können. Gibt es noch Eigenmittel oder andere Rücklagen, immerhin stünden doch immer viele Fahrräder vor dem Haus.

Frau Dr. Fassbinder wendet ein, dass es wichtig sei, dass sich die Politik positioniere. Frau Heinrich und Herr Multhauf pflichten ihr bei. Auch Herr Burmeister stimmt der BS-Vorlage zu. Allerdings fragt auch er, wie diese 4.000 € „eingespielt“ werden können. Wie sind die Eintrittspreise? Könnte man zukünftig die Eintrittskarten um 0,50 € erhöhen? Kann die Bürgerschaft beschließen, dass möglicherweise 50% der fehlenden Gelder aus dem städtischen Haushalt kommen? Sicher gibt es im städtischen Haushalt noch Reserven. Können dafür Maßnahmen im Haushalt festgelegt werden? Die Stadt sollte das Koeppen-Haus finanziell unterstützen, wenn bis Mai nicht klar ist, dass das Land die ausstehenden 4.000 € geben wird.

Frau Kropidowski gibt zu Bedenken, dass es unfair sei, dass die Kultureinrichtungen in MV & im LK ausgespielt werden.

Auch Herr Jesse fragt nach, wo das Haus noch zusätzliche Gelder „einspielen“ könnte. Möglicherweise über das TresenLesen?

Frau Mattutat gibt zu bedenken, wie es denn eigentlich mit der Finanzierung im nächsten Jahr weitergehen wird. Denn da würde das Problem vermutlich erneut anstehen. Diesbezüglich ist auch der Literaterrat MV aktiv.

Abschlußergebnis: 12/0/0

---

*Zu TOP:*      *Subventionsbericht*  
*7.3.*

Herr Pegel bringt die Vorlage der SPD-Fraktion ein. Der Fraktion liegt daran, zu erfahren, wer & was von Seiten der Kommune unterstützt wird. Man würde gern detaillierter wissen, wo welches Geld der Verwaltung „hinfließt“. Insbesondere vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung, wüsste man gern, wen konkret die Kommune unterstützt. Wo wird Geld hingegeben, ohne dass man es im Haushalt erkennen kann. Wo gehen mittelbare und unmittelbare Zuwendungen hin. Nach Ermessen von Herrn Pegel kann der Begriff „Subvention“ auch durch einen anderen Begriff ersetzt werden.

Frau Leddin begrüßt dieses Ansinnen insofern, als dass sie gern wüsste, welche mittelbaren Zuwendungen vergeben werden. Allerdings fände sie es sinnvoller, damit erst im kommenden Jahr zu beginnen, da sich die Stadt nach der Kreisgebietsreform in einer anderen Situation befände. Herr Multhauf bestreitet, dass die Situation im kommenden Jahr eine andere wäre, da es keine haushaltsrechtlichen Auswirkungen gäbe.

19.36 Uhr  
Herr Kiel kommt

Herr Multhauf schlägt vor, den Subventionsbericht besser als „Bericht zu Unterstützungsleistungen“ zu bezeichnen. Herr Burmeister ist auch grundsätzlich dafür. Ihm sei wichtig zu wissen, was ab 2012 im Haushalt steht. Er schließt sich der Meinung von Frau Leddin an. Herr Pegel äußert, dass er die Argumente in seine Fraktion mitnehmen wird.

Herr Multhauf erinnert noch einmal daran, dass die Kämmerei doch wissen müsste, wo etwas „hinfließt“. Deshalb sei die Argumentation der Verwaltung, dass ein solcher Bericht zu viel Arbeit bedeute, hinfällig und nicht überzeugend.

Frau Leddin fragt noch einmal nach, an was konkret die SPD denn dachte, wenn es um Subventionsleistungen ginge. Handelt es sich dabei um Aufgaben, die die ABS übernehme?

Herr Pegel verdeutlicht, dass ihm seinerzeit die Gespräche mit dem Behindertenforum deutlich gemacht hätten, dass nicht wirklich transparent sei, wie und wohin die Stadt Leistungen gebe. Ihm stellt sich die Frage, welche Vereine was bekommen, und ob diese Vergabe dann gerecht vorgenommen und verteilt wird. Wer partizipiert mittelbar? Wenn man weiß, wer was bekommt, läuft man nicht Gefahr, Vereinen etwas zu Unrecht wegzunehmen.

Frau Leddin wendet ein, dass das Zusammentragen aller dieser Informationen sehr aufwendig sei. Herr Pegel stimmt diesem zu. Frau Heinrich bemerkt, dass mit der zukünftigen Einführung der Doppik dies etwas einfacher und transparenter werden würde. Frau Berger fragt nach, um Zuwendungen ab welcher Höhe es denn ginge. Im Jugendhilfe-Ausschuß äußerte Herr Schmidt, dass es sich um Zuwendungen ab 1.000 € handeln würde. Diese Aussage wird von Herrn Pegel bestätigt.

#### 19.43 Uhr

Herr Dembski kommt

Abstimmungsergebnis: 7/2/3

#### 19.45 Uhr

Herr Westphal kommt

---

Zu TOP: *Schulträgerschaft*  
7.4.

Herr Dembski nimmt zur Beschlußvorlage der SPD-Fraktion Stellung. Es müßten Verhandlungen zwischen HGW und den künftigen „Partnerkreisen“ geführt werden, der neue Kreis müsse eine Einflussnahmemöglichkeit behalten. Dann bedarf es noch der Zustimmung seitens des Kultusministeriums. Die Kommune müsste in der neuen Situation als große kreisangehörige Stadt ihre Leistungsfähigkeit erst nachweisen. Ferner müsse geklärt werden, welche & wie viele Schüler dann aus dem Kreis nach HGW kommen würden. Ein weiterer Aspekt wäre, dass die Finanzierung mitgeregelt

werden müsse. Mit den „Vorkreisen“ müssen also Absprachen getroffen werden, wie dann zukünftig die Schulträgerschaft geregelt werden kann. Ebenso gilt zu berücksichtigen, wie die Finanzierung zukünftig von statten gehen soll. Wird es jährlich eine Budgetverhandlung geben, ist vom zukünftigen Kreis ein Erstattungsbudget zu erwarten? Das Risiko bestünde darin, dass nicht klar ist, ob die Kreise dem dann zustimmen. Das Land indes möchte ein Konzept vorgelegt bekommen, welches beide Seiten (HGW & neuer LK) tragen können.

Frau Heinrich hat inhaltlich nichts gegen die Beschlußvorlage einzuwenden. Allerdings stellt sich ihr die Frage, warum es diesen Beschlußvorschlag gibt, wenn die Verwaltung doch daran arbeitet. Frau Thonack fragt an, ob diese Beschlußvorlage am 28. März in die Bürgerschaft gehen wird. Herr Dembski antwortet daraufhin, dass wenn der Begleitausschuß dafür ist, dann könnte man diese Vorlage in die Bürgerschaft einbringen.

Herr Petschaelis ergreift das Wort und äußert, dass Wismar und Greifswald um die Schulträgerschaft kämpfen würden. Herr Pegel kommentiert, dass es durchaus Sinn machen würde, die Schulen in der Verantwortung der Kommune zu halten. Am 31. März sei der Antragsschluß, um zu erwirken, dass die Schulen in kommunaler Trägerschaft bleiben.

Herr Pegel bemerkt, dass es wichtig sei, dass bis Mitte April eine Beschlussfassung vorläge. Wenn die Verwaltungsvorlage die Politik in dem Falle überholen würde, dann sei das „egal“.

Herr Multhauf pflichtet Herrn Pegel bei, äußert sich indes der Verwaltung gegenüber skeptisch. Wichtig sei, seines Ermessens, die Entscheidung der Schulkonferenz. Wenn die Kommunikationsrunden nicht haltbar seien, müsse man eben abstimmen.

Daraufhin bekundet Frau Witt, dass es eben davon abhängt, wie sich die Schulkonferenzen positionieren.

Frau Kropidowski bemerkt, dass sie Fragen hätte und die Diskussion nicht so ganz nachvollziehen könne. Woher weiß die Schulkonferenz, was okay ist? Sie findet es persönlich nicht einfach, hier zu entscheiden, was besser oder schlechter sei.

Woraufhin Herr Burmeister erläutert, jeder Schulleiter hat erklärt, welche Nachteile er in einem zukünftigen Kreis für seine Einrichtung sehen würde. Sicher gäbe es auch Nachteile, wenn man bei der Kommune bleiben würde. Er fragt sich, warum man dem Votum von 3 Schulkonferenzen misstrauen sollte. Er persönlich glaube nicht, dass der neue Landkreis gut dastehen wird. Es gäbe ein halbes Jahr eine vorläufige Haushaltsführung und dann sei darüber hinaus keineswegs geklärt, wie es dann um die Mittelbereitstellung stünde.

Abstimmungsergebnis: 9/0/3

*Zu TOP: 7.5. Unterbringung der Jugendkunstschule in der Anklamer-Straße 15/16 und Abschluss einer Vereinbarung über einen Miet- und Betriebskostenzuschuss*

Frau Hauswald stellt die Beschlußvorlage zum Umzug der Jugendkunstschule vor. Es hat Gespräche zwischen den verschiedenen Protagonisten gegeben, so dass davon ausgegangen werden kann, dass der Umzug im Sommer in Angriff genommen werden kann. Auch Frau Wilczek, die Leiterin der JKS, nimmt noch einmal dazu Stellung. Sie berichtet von den Treffen und Gesprächen mit den derzeitigen Mietern und Interessengruppen. Ihr sei es wichtig, die jetzigen Mieter in ihre Arbeit und ihr Programm zu integrieren. Alle Gespräche sind bislang gut verlaufen. Ein einziges, kleines Problem stelle derzeit der Computerclub dar, der einen sehr großen Raum nur einmal in der Woche, am Freitagnachmittag nutzt. Die JKS ist aber bemüht, eine Lösung zu finden. Mit den anderen Interessengruppen, wie bspw. Schüddel de Bux und den Jagdhornbläsern seien die Gespräche und die Aussicht auf ein gutes Miteinander sehr positiv. Herr Pegel kommentiert dazu, dass sich das Meiste im Hause gar nicht ändern würde, weshalb er positiv gestimmt sei, dass sich eine Lösung finden lasse.

Frau Leddin fragt an, inwieweit in diesem Hause Subventionsleistungen fließen würden. Woraufhin Frau Wilczek meint, dass sie keine Untermietverträge mit den Interessengruppen abschließen müsse. Herr Multhauf fragt, wie viele Mitarbeiter es derzeit noch im Schülerfreizeitzentrum gäbe, und was mit diesen fortan passieren würde. Was ist bspw. mit dem Hausmeister? Bleibt dieser im Hause? Was passiert mit den Philatelisten? Können diese weiterhin Mieter im Hause bleiben? Frau Wilczek antwortet, dass diese natürlich im Hause bleiben können.

Herr Schult antwortet, dass der Hausmeister, der seine Wohnung im Gebäude in der Anklamer Straße hat, eine Miete an das Immobilienverwaltungsamt zahlt. Er ist sowohl als Hausmeister für das Gebäude als auch für die Stadtbibliothek tätig.

Herr Dembski berichtet, dass im SFZ derzeit 3 Mitarbeiter tätig sind, die fortan als Schulsozialarbeiter (2) und als Mitarbeiter im Takt (1) tätig sein werden.

Frau Heinrich fragt, wie sich dann der Umzug gestalten wird. Ist diesbezüglich alles geklärt worden? Frau Wilczek äußert, dass sie sich auf das neue Haus, das nun sogar einen Garten hat, den man mitnutzen könne, freue. Sie sei gespannt auf das neue Konzept und die neue offene Arbeit. Derzeit drücke noch kein Schuh.

Frau Thonack fragt nach der großen Druckerpresse, mit welcher die JKS derzeit am aktuellen Standort arbeitet. Wie wird der Umzug diesbezüglich laufen? Herr Pegel kommentiert, dass für den Umzug Gelder in den Haushalt eingestellt worden sind.

Herr Multhauf fragt, wie der Finanzausschuß dieser Beschlußvorlage zugestimmt habe. Frau Hauswald antwortet, dass dieser einstimmig für

die BS-Vorlage gestimmt habe.

Frau Heinrich fragt noch nach einem Projekt, welches die Bücherfreunde planen. Es geht um einen Bücherbaum, welchem die JKS bereits konzeptionell zugestimmt habe. Sie richtet die Frage an Herrn Dembski und möchte wissen, wie es diesbezüglich um die Beantragung von Geldern stehe und bis wann dann in diesem Jahr noch ein Antrag gestellt werden kann, um im kommenden Jahr mit diesem Projekt zu beginnen. Herr Dembski sagt, dass man bis spätestens August einen Antrag stellen sollte, wenn man ein größeres Vorhaben plane.

Abstimmungsergebnis: 12/0/0

---

Die Beschlusskontrolle wird nun nachgeholt und vorgenommen.

*Zu TOP: 6.1. Bestätigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der Theater Vorpommern GmbH*

Hierzu nimmt Herr Westphal, einer der kommissarischen Geschäftsführer des Theaters Vorpommern, Stellung. Mit der Vorpommerschen Landesbühne Anklam haben Gespräche stattgefunden, um eine Gesellschaft nach dem Vorbild zu gründen, wie sie zwischen dem Theater Rostock und dem Mecklenburgischen Landestheater Parchim hervorgegangen ist. Dabei geht es darum, Kosten zu sparen, Synergieeffekte zu erzielen: bspw. durch die Nutzung gemeinsamer Fuhrparks, und um die Zuschauer, die Anklam generiert, für Greifswald zählbar zu machen. Ende des Jahres wurde eine gemeinsame Unternehmergeellschaft gegründet. Bislang haben allerdings noch keine inhaltlichen Verhandlungen stattgefunden, um die Gesellschaft mit Leben zu erfüllen.

Herr Multhaus unterbricht den Vortrag von Herrn Westphal und äußert seinen Zweifel, dass Schwerin diese Kooperation so akzeptiert. Herr Pegel mahnt an, dass es nicht um eine inhaltliche Diskussion ginge, sondern um eine Beschlußkontrolle.

Woraufhin Herr Westphal kommentiert, dass Schwerin erst dann grünes Licht geben würde, wenn alle Gebietskörperschaften sich dazu bekannt hätten. Herr Dembski bemerkt, dass Schwerin die Parchim-Rostock-Lösung bereits akzeptiert hätte, denn das war für Greifswald der Anlaß, eine ähnliche Kooperation einzugehen.

---

Da die Diskussion um das Thema Theater stark entbrannt ist, geht Herr Westphal sogleich zur Beschlußvorlage mit Bezug auf den Prüfauftrag der Theater Vorpommern GmbH über.

---

Zu TOP: *Ergebnisse des Prüfauftrages zur Lage und den Perspektiven der Theater Vorpommern GmbH*  
7.6.

Herr Westphal stellt die Ergebnisse des Prüfauftrages zu den Perspektiven des Theaters Vorpommerns vor. Neben einer Orchesterreform wurde geprüft, welche Möglichkeiten noch bestünden, um Einsparungen zu erzielen, damit man zukünftig mit den zugewiesenen FAG-Mitteln lebensfähig bliebe. Dabei wurde geprüft, welche Auswirkungen Spartenverkleinerungen, Spartenschließungen und eine Orchesterfusion hätten, damit das Theater im Kooperationsraum westlich der A9 handlungsfähig bliebe. Rechtlich sei auch die Option möglich, ein Mehrspartenhaus mit einem Einspartenhaus zu verbinden, allerdings wäre dies inhaltlich keineswegs sinnvoll. Auch eine Spartenschließung würde nicht der Sache dienen. Deshalb überlegt man nun, neue Kooperationen mit anderen Häusern einzugehen. Die Gespräche mit dem Volkstheater Rostock wurden derzeit auf Eis gelegt, da das Theater dort momentan ganz andere Sorgen hätte. Allerdings wird das Theater nach wie vor als möglicher Kooperationspartner erachtet. Es haben auch Gespräche mit der Orchester GmbH Neubrandenburg & Neustrelitz stattgefunden. Da die beiden sich indes intern verworfen haben, wurden die Gespräche nicht mehr weitergeführt. Man überlegt jedoch, ob man die Gespräche, nun da die beiden zu einer Einigung gekommen zu sein scheinen, wieder aufnimmt. Das Anklamer Theater hat andere Tarife als Greifswald, und führt bspw. keine Haustarifverträge. Das Überleben des Theaters ist nicht mit einer Einzelmaßnahme machbar.

Herr Pegel fragt nach, welche Variante man denn nun zur Rettung des Theaters Vorpommern vorschlägt. Wie können Einsparungen vorgenommen werden. Muss man mit Entlassungen und einem Personalabbau rechnen? Was genau ist der Gegenstand des Prüfberichtes?

Daraufhin antwortet Herr Westphal, dass es nur eine Sparte gibt, mit welcher sich eine Lösung herbeiführen ließe. Dies wäre bspw. mit einer Spartenverkleinerung möglich. Würde man das Orchester verkleinern, wäre ein eigenständiges Überleben des Theaters Vorpommern nur bis 2017 und nicht bis 2020 möglich. Ein gebündelter Personalabbau wird dennoch vonnöten sein. Bei der Beratung in Sachen Personalabbau ist Sachverstand wichtig, um zu wissen, wie viele Leute man mindestens in einer Sparte braucht, um dennoch lebensfähig zu bleiben.

Variante 18 (Prüfbericht, S. 11) legt dar, in welchen Größenordnungen man Personalabbau betreiben könnte, um eine lebensfähige Lösung und Eigenständigkeit für die Theater Vorpommern GmbH zu erwirken. Zurzeit besteht kaum die Möglichkeit, durch den Haustarifvertrag eine vernünftige Personalpolitik zu betreiben. Für einen künstlerischen Betrieb sei dies eher suboptimal. Die Stellenzahl soll festgelegt und eingefroren werden. Dabei sind Eigenkündigungen bereits berücksichtigt worden. Des weiteren gäbe es Probleme bei der

natürlichen Fluktuation. Man hofft, dass auch die anderen Gesellschafter dieses Ansinnen mit Wohlwollen begleiten.

Herr Pegel fragt nach: Wäre im 1. Jahr eine Unterstützung vonnöten, um die Variante entsprechend umsetzen zu können? Herr Westphal antwortet: Von Seiten Stralsunds und Greifswalds wäre ein höherer Bedarf in Höhe von 470.000 € einzuplanen. Fernerhin müssten auch Abfindungen ausgezahlt werden. Erst danach sei mit einer jährlichen Abschmelzung der Kosten zu rechnen.

Zur Umsetzung der Variante ist ein gewisser finanzieller Überbrückungsteil notwendig. Dies indes müsse der politische Raum entscheiden.

Frau Berger fragt nach, wie sich das Verhältnis Technik - Künstler zusammensetzt. Warum kommt in Greifswald auf jeden Künstler auch jeweils ein Techniker? Meistens, so äußert sie, sind doch laut Bühnenverein mehr Künstler als Techniker und Verwaltung in einem Theater vertreten.

Herr Westphal beantwortet die Frage: wenn man künstlerische Leistungen kürzt, sind zunächst in der Tat Kürzungen bei der Technik möglich, aber diese Möglichkeiten sind bereits jetzt ausgeschöpft. Andernfalls wäre dann bspw. kein Bühnenbild mehr möglich. Ein Mehrspartenhaus, was in Deutschland mittlerweile ungewöhnlich ist, braucht auch mehr technisches Personal.

Frau Dr. Fassbinder fragt, ob es eine Aufschlüsselung gebe, wer in der Verwaltung und wer in der Technik tätig sei, um sehen zu können, inwieweit es da noch Einsparpotential gebe.

Herr Multhauf wendet ein und erklärt, warum er dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen kann. Der Bericht entspricht nicht dem Auftrag, da kein künstlerisches Konzept vorliege. Es sollten Haustarifverhandlungen vorgenommen werden. Mit dem Bühnenverein allein Absprachen und Beratungen vorzunehmen, wird so nicht gehen. Die Beschlussvorlage sprach nie von Kürzungen und Entlassungen. Hier nimmt Herr Multhauf auch Bezug zu den Entlassungen von Prof. Nekovar und Herrn Dr. Ickrath. Seines Ermessens sei die vorgelegte Vorlage ein Witz. Die Option mit Anklam sei ein Scheingefecht. Manche Positionen sind widersprüchlich, das habe gleichermaßen Herr Prof. Dr. Matschke bestätigt.

20:58 Uhr

Frau Gliem verlässt entschuldigt die Sitzung

Herr Multhauf erwähnt den Rubenowsaal, für den seitens des Theaters viel zu viel Geld ausgegeben wird. Gleiches gilt für den Gustav-Adolf-Saal im Stralsunder Theater. Auch da werde viel zu viel Geld für die Nutzung des Saales gezahlt. Nach Einschätzung von Herrn Multhauf werden die Zahlen bewusst oder unbewußt falsch dargestellt. Kosten werden verschleiert. Er bezweifelt die Annahme gleichbleibender Einnahmen trotz angedachter Kürzungsmaßnahmen. Allerdings würden bereits jetzt die Einnahmen drastisch zurückgehen. Es handelt sich bei dem vorgelegten Konzept um eine Selbstausbeutungsvariante. Dies

hätte auch Herr Prof. Matschke bekräftigt. All dies sei für Herrn Multhauf eine Alibi-Veranstaltung: die weißen Fahnen in Richtung Schwerin seien doch bereits längst gehisst worden. Keiner scheint sich zu rühren, nur das Theater. Eigentlich sei das ganze Papier ein Schritt zur Beerdigung des Theaters.

Daraufhin entgegnet Herr Westphal, dass dieses Papier doch aus der Verwaltung käme. Der Inhalt sei in Abstimmung mit der Verwaltung und der Bürgerschaft erarbeitet worden.

Dann liefert Herr Westphal Zahlen, um zu belegen, dass die Auslastung des Theaters keinesfalls schlechter geworden sei. Von September 2009 bis Februar 2010 gab es im Rahmen der Eigenproduktionen 244 Vorstellungen mit 43600 Besuchern und 458.000 € Einnahmen. Von September 2010 bis Februar 2011 gab es 216 Veranstaltungen, die 40644 Besucher anzogen und 464.000 € Einnahmen erbrachten. Die Zahlen sind also trotz des Geschäftsführerwechsels konstant geblieben. Die guten Ergebnisse werden überhaupt nur dank der Mitarbeiter und nicht ausschließlich dank der Geschäftsführer eingefahren. Auch lässt sich nicht nachweisen, dass die derzeitige Situation einen erhöhten Krankenstand erwirkt hat. Manche Stücke lassen sich nicht schnell bei Hauptrollen durch andere Schauspieler ersetzen. Des weiteren gilt zu bedenken, dass Ersatzschauspieler auch zusätzliches Geld kosten.

Herr Westphal meint, dass Herr Multhauf Daten aus dem Wirtschaftsplan erwähnt habe. Ihm stellt sich daher die Frage, inwiefern in einer Ausschusssitzung dazu Stellung genommen werden soll.

Schließlich sind diese nur für Bürgerschaftsmitglieder und nicht für die Öffentlichkeit. Allerdings stimmt Herr Westphal Herrn Multhauf insofern zu, dass in dem Prüfauftrag wenig zu dem künstlerischen Konzept gesagt wird. Man müsse sagen, was mit wenig auf die Bühne zu bringen sei und inwieweit dies werkabhängig sei. 30 Musiker würden ein Grabenorchester ausmachen. Was würde dies indes kosten?

Oldenburg bspw. arbeitet mit einem D-Orchester, in dem 24 Musiker angestellt sind. Allerdings hat Oldenburg ein Gesamtbudget von 1,3 Millionen € für Gastmusiker zu Verfügung, während Greifswald jedoch nur über 300.000 € verfügt. Das Theater steht weiterhin in engem Kontakt mit Herrn Bloch, dem ehemaligen Intendanten des Theaters, der die Geschäftsführer berät und Empfehlungen gibt. In Bezug auf die Kritik an die Nutzung der Stadthalle erinnert Herr Westpfahl, dass der Kaisersaal im Gegensatz zum Rubenowsaal keine Spielstätte des Theaters sei, sondern lediglich vom Theater bewirtschaftet wird.

Einnahmen aus einem gemeinnützigen Betrieb, welches das Theater Vorpommern ist, dürfen dafür nicht genutzt werden. Die steuerliche Abgrenzung zum Rubenowsaal ist beim Finanzamt geklärt worden. Fernerhin erzeugt die Bewirtschaftung der Stadthalle keine weiteren Kosten. In Bezug auf die Kritik zum Gustav-Adolf-Saal in HST muss, laut Herrn Westpfahl, klargestellt werden, dass dieser keine Miete kostet, sondern einfach nur enorme Betriebskosten verursacht. Es ist ein separater Saal in der Jakobikirche in HST, der in keinem Vergleich zum Greifswalder Rubenowsaal steht.

Frau Witt fragt, in welcher Form die Mitarbeiter und der Personalrat in

den Prüfbericht miteinbezogen worden sind. Seit 1998 ist dem Theater viel abverlangt worden. Gab es seitdem in irgendeiner Form Gehaltserhöhungen?

Herr Westphal antwortet daraufhin, dass frühzeitig Abstimmungen mit dem Betriebsrat geschaffen wurden. Diese waren dankbar, dass man auf sie zukam und meinten, dass sie nun endlich wüssten, woran sie sind. Auch mit den Gewerkschaften haben Gespräche stattgefunden. Seit 17 Jahren erhalte das Theater gedeckelte Zuschüsse, weshalb es nicht möglich war, Gehaltserhöhungen zu gewähren.

Herr Dembski äußert sich noch einmal zu den mgl. Kooperationen. Beide Partner erweisen sich momentan als schwierig. Seinerzeit war Rostock der bessere Partner, da die Verhandlungen substantieller gewesen seien. Neubrandenburg und Neustrelitz waren eine Option, aber dann viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt gewesen. Es gebe 3 Möglichkeiten: Variante 7, Variante 10 oder die Schließung des Orchesters. Deshalb hat man auch Gespräche mit dem Betriebsrat geführt. Bei den Gewerkschaften haben bisher nur mit den künstlerischen Gewerkschaften Gespräche mit den Gesellschaftern stattgefunden. Eine Vertreterin der künstlerischen Gewerkschaft hielt für diskussionsfähig, keinen Kündigungsschutz, sondern einen Stellenschutz zu vereinbaren.

Herr Dembski äußert, dass man natürlich auch beschließen könnte, gar nichts zu tun, dann wäre eine Insolvenz die Folge. Für ihn seien die Varianten 7 & 10 die einzig denkbaren Varianten. Es gebe keine reine ultimative Variante, da alles auf Berechnungen beruhe. Jeder €, der gerettet werden könne, würde dem Theater zur Verfügung stehen.

Herr Westphal erklärt vor diesem Hintergrund noch einmal die Sinnhaftigkeit der UG-Gründung. Die FAG-Anteile aus Anklam hätte sonst ein anderes Theater erhalten, wenn HGW sich nicht mit Anklam zusammengeschlossen hätte. Sein Plädoyer lautet, wenn man das Theater Vorpommern am Leben erhalten will, dann sollte man vereint zusammen halten, um mit Entschlossenheit die Sicherung des Hauses zu erwirken.

Frau Kropidowski fragt nach der Stelle des Theaterpädagogen, den sie als unheimlich wichtig erachtet. Muss man nach dem jetzigen Stand des Prüfauftrages davon ausgehen, dass es keine Theaterpädagogen mehr geben wird? Herr Westpfahl antwortet daraufhin, dass man sich derzeit bemüht, über Fördergelder Stellen zu schaffen. Er weiß um die Bedeutung und wichtige Rolle der Theaterpädagogin, weshalb er alle Anstrengungen unternimmt, über Drittmittel die Stelle des Theaterpädagogen wieder besetzen zu können.

Abstimmungsergebnis: 8/3/0

> Da Herr Jesse befangen ist, hat er an der Abstimmung und Diskussion nicht teilgenommen.

21.44 Uhr

Herr Westpfahl verlässt entschuldigt die Sitzung



Zu TOP  
7.7.

### *Weiteres Verfahren – Unterbringung Stadtarchiv*

Frau Felkl bringt die Tischvorlage zum Stadtarchiv ein. Es sei das Bestreben der Verwaltung, zukünftig alle Archivräume an einem Standort zu haben. Es wird erläutert, warum die bislang in Erwägung gezogenen Standorte abzulehnen und nicht optimal sind, dabei handelt es sich um den jetzigen Standort Arndstraße sowie um den Teilstandort Siemensallee. Es wurden neue Standorte von der Stadtverwaltung gesucht und 3 Vorschläge für einen zukünftigen Standort erarbeitet. Ansinnen der Vorlage ist, zu entscheiden für welche 1-2 Standorte ein Auftrag zu Vorplanungen herausgegeben werden soll.

Herr Pegel freut sich, dass es jetzt überhaupt eine Vorlage zur Standortsuche zum Stadtarchiv gibt. Was wären die Alternativnutzungen für das Feuerwehrgebäude? Irgendetwas müsste mit dem Gebäude ohnehin passieren, wenngleich man sicherlich im Auge behalten sollte, dass nicht das Gleiche geschehe wie seinerzeit bei der Alten Post.

Frau Thonack begrüßt, dass nun überhaupt Geld in die Hand genommen werde, um einen neuen und optimalen Standort für das Stadtarchiv zu finden. Sie ist fernerhin der Meinung, dass Herr Kiel weiterhin in die Beratungen mit einbezogen werden sollte.

Herr Kiel äußert sich daraufhin und meint, dass er sich freut, nun dabei sein zu können, und dass die Aufgabenbeschreibung, welche der Tischvorlage anhängt, eher funktionaler Natur sei. Er gibt zu bedenken, dass das Archiv auch eine Kultureinrichtung sei, was für die Bewertung des zukünftigen Standortes nicht unerheblich sei. Sein Standortfavorit sei die Alte Feuerwehr. Er appelliert an die Ausschussmitglieder, die Informationen bitte in die Fraktionen zu tragen, damit man sich dort für einen Standort entscheidet.

Frau Berger findet es gut, dass es 3 Standorte gibt. Allerdings stellt sich ihr die Frage, was denn dann mit dem Kultur- und Initiativenhaus passieren würde, wenn das Stadtarchiv in die Alte Feuerwehr einziehen würde. Hat sich der Verein bereits zu diesem Standort positioniert? Hätten sie noch Interesse an dem Areal? Herr Dembski meint, dass laut einer Aussage und Information von Herrn Hochheim, dem Verein das Areal zu klein sei. Man könne das Angebot nicht ewig vorhalten. Der Verein müsse sich zeitnah entscheiden. Er kann dies gern noch einmal an Herrn Hochheim herantragen, um zu erkunden, wie der Verein zu diesem Standort steht.

Auch Herr Multhaus freut sich, dass es nun voran zu gehen scheint. Auch wenn er findet, dass die Siemensallee keineswegs zu weit außerhalb sei, so plädiert er doch für den Standort A (Alte Feuerwehr). Allerdings stellt er sich die Frage, wer die Sanierung des Standortes dann bezahlen wird. Er pflichtet weiterhin der Äußerung von Frau Berger bei. Auch ihm sei wichtig zu wissen, wie es um den Standort des Kultur- und Initiativenhauses stünde. Für ihn habe das Stadtarchiv allerdings Priorität.

Frau Dr. Fassbinder äußert, dass sie noch nicht für einen konkreten

Standort votieren möchte und fragt Herrn Kiel, warum er den Standort A favorisiere. Herr Burmeister äußert, dass er heute noch nicht über den Standort entscheiden möchte. Herr Pegel kommentiert, dass es doch aber um die Frage ginge, welcher Standort geprüft werden solle. Herr Dembski meint, dass in der Bürgerschaftssitzung 2 Standorte benannt werden sollen. Um eine politische Entscheidung treffen zu können, müssen eben 1-2 Standorte benannt werden, um sich dann weiterhin anhand der Kosten schließlich für einen Standort zu entscheiden. Herr Pegel spricht sich dagegen aus, die Tischvorlage noch einmal zurückzuverweisen, um dann mehr Zeit (1 Monat) zur Diskussion dieses Themas zu haben. Frau Dr. Fassbinder meint, dass der Ausschuß darüber beraten muss und dies dann in die Fraktionen bringen soll. Herr Kiel soll, nach ihrem Ermessen, sagen, warum er den Standort Alte Feuerwehr favorisiert. Herr Kiel meint, dass wenn es heute um eine Standortdiskussion gehen soll, dann müssten alle Standorte abgewogen werden und nicht nur einer. Frau Heinrich bringt sich in die Diskussion ein und meint, dass es ja nicht um 3 Standorte gehen müsse, sondern dass man 2 vorschlagen möge. Man sollte dieses Thema nicht weiter verzögern. Den Standort An den Wurthen findet sie am schlechtesten. Wenn sich keine andere Lösung finden ließe, fände sie allerdings auch den Standort An den Wurthen akzeptabel. Vor allem wenn es darum geht, Geld zu sparen, zu welchem die Stadtverwaltung ja angehalten sei. Sie ist für eine Vorprüfung des Standortes, da sie es in vielerlei Hinsicht als wichtig erachtet, auch vor dem Hintergrund, dass geprüft wird, was mit dem Verein Kultur- und Initiativenhaus geschehe.

Herr Burmeister meint, dass er heute keine Entscheidung treffen könne. Seiner Meinung nach solle die Verwaltung eine Entscheidung treffen, welcher Standort geprüft werden soll.

Herr Dembski meint, dass es auch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nötig wäre, dass man sich entscheidet. Die Feuerwehr sei definitiv die teuerste Variante, weil es sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude handle, und der Standort An den Wurthen sei die günstigste Variante. Herr Kiel bemerkt dazu, dass das Ausspielen teuer – günstig nicht die einfachste Entscheidung evoziert. Bislang sei das, was vorläge, eine Prioritätenliste seitens der Verwaltung. Die Alte Feuerwehr sei die beste Variante, beim A-8-Quartier müsse man die Hochwassergefahr im Auge behalten, was gleichermaßen für An den Wurthen gilt. Er findet die Gegenüberstellung Archiv & Verein, was einem Gegeneinanderauspielen gleicht, nicht gut. Es erinnert ihn an die damalige Diskussion 2006, als es darum ging, ob das Archiv in der Bebeschule untergebracht werden solle. Die Pläne für die Baderstraße seien keine Luftschlösser.

Herr Pegel meint, dass eine Standortentscheidung heute nicht möglich sei. Seine Empfehlung sei, darüber in der Bürgerschaftssitzung eine Entscheidung zu treffen.

Frau Heinrich fragt, bis wann eine Entscheidung/ Vorplanung vorliegen sollte? Bis zur Haushaltsdiskussion? Frau Felkl bejaht dies, deshalb sei ja die Eile geboten. Herr Pegel meint abschließend, dass die

Bürgerschaft eine Standortentscheidung treffen solle.

Abstimmungsergebnis: 11/0/1

*Zu TOP: 8. Information der Verwaltung*

Frau Spiecker ergreift nun die Gelegenheit, Auskunft zur Medienstelle, die mit der Kreisgebietsreform an den Landkreis übergehen würde, zu erteilen.

Die in der Medienstelle entlehbaren Medien werden durch die Stadtbibliothek erschlossen und in einem Medienkatalog den Nutzern zugänglich gemacht. Derzeit nutzen auch Lehrer aus dem Landkreis OVP die Medienstelle, damit sie nicht extra nach Anklam fahren müssen. Es muss geklärt werden, die Medienstelle auch zukünftig in HGW zu halten, andernfalls würde es bedeuten, dass die Greifswalder Lehrer nach Anklam und Pasewalk fahren müssen. Wer bemisst, nach Übergang der Medienstelle an den neuen LK, die Mittel zum Bestand? Wer entscheidet dann über den Inhalt der Medienstelle? Welche Mittel sollen und können dann noch erworben werden? Wer kauft und erschließt die Mittel, wenn die Stelle an den LK übergeht. Deshalb sei es wichtig, dass die Stelle wieder in die Verantwortung der Kommune zurückgeholt werden würde. Denn Frau Spiecker stellt sich die Frage, wie das in einem Großkreis zentralisiert realisiert werden könne. Wie geht es dann technisch-inhaltlich mit der Medienstelle weiter.

Für Schulen sei es besser, wenn zukünftig auch download-Angebote vorhanden wären. Da viele Lehrer oftmals gleichzeitig Themen im Unterricht behandeln würden und die Materialien dann schnell ausgeliehen seien. Dies könne man mit den download-Angeboten umgehen, weil dann „Massenausleihen“ möglich wären.

Herr Dembski gibt eine kurze Information zum Stand des Theater-Cafés. In den nächsten Tagen würde die WVG noch einmal mit dem Interessenten zur Betreuung des TCs Gespräche führen. Genaueres könne er dazu allerdings nicht sagen und drängt darauf, zwecks fortgeschrittener Stunde, die Sitzung zu Ende zu führen.

Frau Hauswald berichtet zum Sachstand der Instandsetzung der verschiedenen Gedenksteine, die sich in der Verantwortung der Stadt befinden. Sie habe sich gemeinsam mit der Denkmalpflegerin Frau Ewald Kostenvoranschläge zur Reinigung der 4 Gedenksteine eingeholt. Eine Instandsetzung aller 4 Steine würde ca. 2.000 € kosten. Es wurden Gespräche und Rücksprachen mit dem Grünflächenamt getätigt. Dieses fühlt sich für die Instandsetzung und Pflege nicht verantwortlich und bietet allenfalls an, die Rabatten um die Gedenksteine zu pflegen. Laut Aufgabenverteilungsplan der Stadtverwaltung ist nicht geklärt, wer für die Pflege der Steine verantwortlich ist. Aus diesem Grund ist auch nie etwas an Mitteln in den Haushalt eingestellt worden. Die Gedenksteine nun zukünftig und

alsbald Instand zu setzen, wird schwierig sein, da es heißen würde, die Gelder im derzeitigen Kulturamthaushalt umzuschichten. Dies wiederum hätte zur Folge, dass anderen Vereinen und kulturellen Projekten Gelder und Zuwendungen entzogen bzw. gekürzt werden müssten. Frau Hauswald schlägt deshalb vor, dass zukünftig geschaut werden soll, welche Steine prioritär einer Pflege bedürfen, so dass pro Jahr 1 bis 2 Gedenksteine gepflegt werden könnten. Herr Multhaus bietet vor diesem Hintergrund an, den Kappputschstein selbst zu reinigen und schlägt Herrn Pegel vor, sich für die Instandsetzung/ Reinigung des Bebelsteines persönlich zu engagieren.

22.25 Uhr

Herr Dembski und Frau Spiecker verlassen entschuldigt die Sitzung

---

*Zu TOP: 9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder*

Da allgemeine Unruhe und Aufbruchstimmung aufgrund der späten Stunde herrscht, werden verschiedene Tagesordnungspunkte, wie der noch ausstehende TOP 6.2. nicht mehr thematisiert.

---

*Zu TOP: 6.2. Betreuung Caspar-David-Friedrich-Haus*

Beschlußkontrolle muss auf der kommenden Sitzung nachgeholt werden

*Zu TOP: 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden*

Herr Pegel informiert zu einem Antwortschreiben des Bildungsministeriums zur Abgrenzung der EDV-Betreuung in den Schulen zwischen Land und Kommunen, das nach seiner Einschätzung keine Neuerungen enthält. Er wird dieses zum Protokoll reichen.

---

*Zu TOP: 12. Schluss der Sitzung*

Herr Pegel bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 22.31 Uhr.

---



Christian Pegel  
Ausschussvorsitzender

Anett Hauswald  
für das Protokoll

**Anlage**

- Antwortschreiben des Bildungsministeriums zur Abgrenzung der EDV-Betreuung